

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

82. Sitzung

und

Innen- und Rechtsausschuss

58. Sitzung

und

Sozialausschuss

48. Sitzung

und

Wirtschaftsausschuss

43. Sitzung

Agrarausschuss

45. Sitzung

am Donnerstag, dem 25. September 2002, 10:00 Uhr,
im Konferenzsaal des Landtages

Abgeordnete des federführenden Finanzausschusses

Ursula Kähler (SPD)

Vorsitzende

Holger Astrup (SPD)

Wolfgang Fuß (SPD)

Renate Gröpel (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Hans-Jörn Arp (CDU)

Klaus Klinckhamer (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Rainer Wiegard (CDU)

Wolfgang Kubicki (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Wolfgang Baasch (SPD)

Andreas Beran (SPD)

Peter Eichstädt (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Maren Kruse (SPD)

Klaus-Peter Puls (SPD)

Thomas Rother (SPD)

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Bernd Schröder (SPD)

Siegrid Tenor-Alschausky (SPD)

Friedrich-Carl Wodarz (SPD)

Claus Ehlers (CDU)

Uwe Eichelberg (CDU)

Thorsten Geißler (CDU)

Claus Hopp (CDU)

Peter Jensen-Nissen (CDU)

Werner Kalinka (CDU)

Dr. Trutz Graf Kerksenbrock

Helga Kleiner (CDU)

Manfred Ritzek (CDU)

Klaus Schlie (CDU)

Brita Schmitz-Hübsch (CDU)

Monika Schwalm (CDU)

Roswitha Strauß (CDU)

Dr. Johann Wadephul (CDU)

Christel Aschmoneit-Lücke (FDP)

Dr. Heiner Garg (FDP)

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP)

Lars Harms (SSW)

Silke Hinrichsen (SSW)

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. a) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2002 bis 2006	4
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/2057	
b) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2003	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/2020	
Einzelplan 04 und Kapitel 1204	
Einzelplan 09 und Kapitel 1209	
Einzelplan 10 und Kapitel 1210	
Einzelplan 06 und Kapitel 1206	
Einzelplan 08 und Kapitel 1208	
2. Veräußerung der Landesliegenschaft "Fürstengarten Schloss Gottorf" in Schleswig	16
Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 15/2499	
3. Verschiedenes	17

Die Vorsitzende des federführenden Finanzausschusses, Abg. Kähler, eröffnet die gemeinsame Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

a) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2002 bis 2006

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/2057

b) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2003

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/2020

Einzelplan 04 und Kapitel 1204

(gemeinsame Beratung mit dem Innen- und Rechtsausschuss)

M Buß äußert einleitend, die in Einzelplan 4 insgesamt veranschlagten Mittel seien auskömmlich, um den Geschäftsbedarf zu decken; darüber hinausgehende Projekte - etwa zur Unterstützung der Olympiabewerbungen - seien aufgrund der Finanzlage nicht finanzierbar. Die Kürzung bei der institutionellen Förderung des Landessportverbandes sei ihm nicht leicht gefallen, sie sei aufgrund des Sparzwanges aber unumgänglich. Man verhandele zurzeit mit dem Landessportverband, ob die Fördermittel, die im Ministerium verwaltet würden, auf den Landessportverband übertragen werden könnten. Zusätzliche Bedarfe zeichneten sich beim Wohngeld und bei der Sprachförderung von Migrantinnen (rund 2 Millionen €) ab.

Abg. Schlie bittet darum, die auf das Land im Zuge des Zuwanderungsgesetzes des Bundes zukommenden Kosten näher aufzuschlüsseln. - Abg. Dr. Wadehul erwartet von der Landesregierung, sich dafür einzusetzen, dass der Bund in diesem Bereich die Kosten weitgehend übernimmt.

Abg. Heinold bittet um nähere Angaben zur Verwendung der Mittel der Sportförderung (Kapitel 0402).

Die Vertreter der CDU - unterstützt von Abg. Kubicki - äußern ihren Unmut darüber, dass die Haushaltsberatung durchgeführt werde, ohne dass die Antworten der Regierung auf die von den Fraktionen schriftlich eingereichten Fragen vorlägen. Außerdem erwarten sie unter Hinweis auf die vom Innen- und Rechtsausschuss durchgeführte Anhörung, dass das Land die Olympiabewerbung der beiden schleswig-holsteinischen Städte auch finanziell unterstützt.

Abg. Puls wiederholt seine in diesem Zusammenhang im Innen- und Rechtsausschuss gemachte Aussage, über die Höhe der institutionellen Förderung des LSV entscheide das Parlament im Laufe der Haushaltsberatungen; die finanzielle Unterstützung einer der beiden Bewerberstädte komme erst nach Auswahl durch das NOK in Betracht.

Abg. Sporendonk äußert, das aus arbeitsökonomischen Gründen vereinbarte Verfahren der Haushaltsberatungen habe sich in den letzten Jahren bewährt und der SSW werde die Gelegenheit zu schriftlichen und mündlichen Fragen nutzen.

Abg. Wiegard fragt den Innenminister, welchen Beitrag er vor dem Hintergrund der desolaten Finanzlage des Landes leiste, die Personalausgaben in seinem Geschäftsbereich deutlich zu senken.

M Buß macht darauf aufmerksam, dass das Innenministerium mit seinen nachgeordneten Behörden und Ämtern in der Vergangenheit in erheblichem Umfang Personal abgebaut habe und weitere Einsparungen beabsichtigt seien, zum Beispiel im Bereich der Katasterämter. Nicht unerhebliche Synergieeffekte erhoffe er sich auch durch die Zusammenlegung der beiden Statistischen Landesämter Schleswig-Holstein und Hamburg. Die Erhöhung des Haushaltsansatzes beim statistischen Landesamt im Haushaltsjahr 2003 erkläre sich aus der Übernahme von Zeitangestellten und der Verbesserung der IT-Ausstattung.

Auf Fragen von Abg. Schlie erwidert der Minister, bei der Beurteilung durch das NOK gehe es in erster Linie darum, eine Olympiabegeisterung der Bevölkerung in den beiden Bewerberregionen festzustellen; es gebe keinen zwingenden Zusammenhang mit der Kürzung der institutionellen Förderung des LSV durch das Land.

Die Überlegungen der von der Chefin der Staatskanzlei einberufenen Strukturkommission der Landesregierung seien für den Landeshaushalt 2003 ebenso wenig relevant wie die Überlegungen zur Zusammenlegung der Einsatzleitstellen und Neuorganisation der Polizei. Sollte sich die bundesweite Einführung des digitalen Funks wesentlich verzögern, würden Nachrüstungen beim analogen Funk erforderlich.

Auf Fragen von Abg. Hinrichsen erwidert er, die derzeit unbefriedigende Situation beim Bekleidungs- und Reinigungswesen der Polizei könnte sich durch die Zusammenarbeit mit einer entsprechenden Einrichtung in Niedersachsen verbessern. Inwieweit sich die Verabschiedung des Grundsicherungsgesetzes auf die Höhe des Wohngeldes auswirken werde, werde ebenso schriftlich beantwortet wie die Frage nach der Höhe des Ansatzes bei Titel 0416-535 01 - Durchführung von Veranstaltungen, Fortbildungs- und Informationstagungen.

Auf Fragen von Abg. Wiegard räumt der Minister ein, es werde außerordentlich schwierig, den Polizeihauhalt mit dem engen Personalkostenbudget zu fahren, und wesentlich auf den Umfang der Tarifierhöhungen ankommen. Der mangelhaften technischen Ausstattung der Polizeidienststellen solle mit der Einrichtung weiterer 1.500 IT-unterstützter Arbeitsplätze bis Ende des Jahres und der Bündelung für die weitere IT-Ausstattung vorgesehenen Mittel im Haushaltsjahr 2003 entgegengewirkt werden. Das System INPOL-neu solle im Laufe des Jahres 2003 in Betrieb gehen.

Abg. Heinold bittet das Innenministerium, den Ausschüssen eine Übersicht über die an Polizeigebäuden getätigten Investitionen zuzuleiten und die Ausgabensteigerung in Kapitel 0405 - Landesfeuerwehrschule und Förderung des Feuerwehrwesens - zu begründen.

Abg. Wiegard bittet um schriftliche Erläuterung, wie in Kapitel 0403 - Landesvermessungsamt und Katasterämter - die Einnahmen um 1 Million € gesteigert und Einsparungen bei den Personalausgaben und Investitionen von ebenfalls rund 1 Million € erwirtschaftet werden sollten.

Einzelplan 09 und Kapitel 1209

(gemeinsame Beratung mit dem Innen- und Rechtsausschuss sowie dem Sozialausschuss)

Auf eine Frage von Abg. Wiegard nach strukturellen Personaleinsparungen im Geschäftsbereich des Justizministeriums erwidert M Lütkes, zurzeit seien keine weiteren konkreten Stelleneinsparungen geplant.

Abg. Hinrichsen fragt nach der Höhe der bei Titel 0908-684 04 - Zuschüsse an Träger von Beratungsstellen „Frau und Beruf“ - zugewiesenen EU-Mittel und damit der Höhe der insgesamt der für diesen Bereich insgesamt zur Verfügung stehenden Mittel.

Einzelplan 10 und Kapitel 1210

(gemeinsame Beratung mit dem Sozialausschuss)

Auf eine Frage von Abg. Wiegard nach strukturellen Maßnahmen mit dem Ziel der Einsparung von Personal- und Verwaltungskosten im Geschäftsbereich des Sozialministeriums verweist St Fischer darauf, dass mit der Neustrukturierung im nachgeordneten Bereich erhebliche Personaleinsparungen realisiert worden seien und die großen Einsparpotentiale damit weitgehend erschöpft seien. Über die Entwicklung der Stellen und Personalausgaben im Geschäftsbereich des Sozialministeriums in den letzten fünf Jahren werde er die Ausschüsse schriftlich unterrichten.

Auf eine Frage von Abg. Dr. Garg zu Haushaltsstelle 1016-684 04 - Förderung von Verbänden und Vereinen für die Ausbildung in der Altenpflege - erklärt St Fischer die Absenkung des Ansatzes mit dem Abschluss eines Ausbildungsjahrganges. Der Staatssekretär kündigt an, im Wege der Nachschiebeliste vor dem Hintergrund der beabsichtigten Einführung des PLAISIR-verfahrens und eines damit verbundenen Personalmehrbedarfs Mittel für 100 neue Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen.

Von Abg. Wiegard auf die Entwicklung der Kosten der Sozialhilfe angesprochen, erwidert der Staatssekretär, die Landesregierung habe vielfältige Maßnahmen ergriffen, die Sozialhilfeausgaben besser in den Griff zu bekommen.

Die Ausschüsse greifen eine Anregung von Abg. Steincke auf und bitten das Sozialministerium, zu der Frage Stellung zu nehmen, inwieweit das Land der Frage näher zu treten gewillt sei, Städte und Gemeinden finanziell mit dem Sozialhilfeschlüssel von 39 % zu unterstützen, die - wie die Stadt Heide - dazu beitragen, die Sozialhilfekosten durch Sondermaßnahmen wie „Arbeit für junge Sozialhilfeempfänger“ erheblich zu senken.

(Unterbrechung: 11:30 bis 11:45 Uhr)

Einzelplan 06 und Kapitel 1206

(gemeinsame Beratung mit dem Wirtschaftsausschuss)

Abg. Wiegard weist darauf hin, dass es im Ministerium sowie in den nachgeordneten Bereichen rund 1.900 Beschäftigte gebe, und fragt, welche Pläne es gebe, die Stellenanzahl mittelfristig zu reduzieren, um den Kostenschub bei Personal- und Sachkosten zu bremsen.

St Rocca erwidert, dass diese Frage ständig geprüft werde, und verweist beispielhaft auf die Änderungen im Bereich der Straßenbauverwaltung, wo Optimierungen vorgenommen worden seien. Daraus lasse sich die generelle Linie ablesen, den Einsatz der Ressourcen auch im Bereich des Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Verkehr zu optimieren.

Abg. Heinold erbittet eine ressortübergreifende Übersicht über die Projekte zu 0601-533 02 - Leistungen Dritter im Rahmen der Landesinitiative zur Gesundheitswirtschaft - sowie über die dafür anfallenden Kosten. - St Rocca sagt dies zu.

An dieser Stelle weist St Rocca grundsätzlich darauf hin, dass auch die übrigen insgesamt vorliegenden Fragen zum Einzelplan 06 noch schriftlich beantwortet würden. Dabei erinnert die Vorsitzende, Abg. Kähler, daran, dass dies vereinbarungsgemäß innerhalb von 14 Tagen geschehen solle. - AL Rohs macht darauf aufmerksam, dass die Fragen zwar vom 5. September datierten, dass die Unterlage aber laut Eingangsvermerk erst am 13. September im Finanzministerium eingegangen sei.

Anschließend spricht Abg. Eichelberg die ÖPNV-Strukturen zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein an, Fragen der S-Bahn-/U-Bahn-Verlängerung und der Finanzierung. Er fragt nach Projekten, die in den nächsten vier Jahren in diesem Bereich in Angriff genommen werden sollten und nach dem finanziellen Volumen, das dahinter stehe.

AL Dr. Eggers führt grundsätzlich aus, dass die Projektfinanzierung im Rahmen der Strukturen in Hamburg und in Schleswig-Holstein nach dem Territorialprinzip erfolge. Daneben unterscheidet man zwischen Verkehrsleistungen und Investitionen, die aus Regionalisierungsmitteln oder GVFG-Mitteln finanziert würden. Bei den Investitionen gebe es erhebliche Finanzierungsbeiträge des Bundes. Beispiel für ein gemeinsames Projekt sei der AKN-Ausbau. Eine U-Bahn-Verlängerung gebe es auch auf Hamburger Gebiet noch nicht. Es gebe aber eine Diskussion über verschiedene Projektmöglichkeiten. Soweit diese Projekte Hamburger Gebiete beträfen, werde Hamburg entscheiden, wie es die Prioritäten festsetze. Bezüglich der S-Bahn gehe es um die

Frage, wie der Engpass auf der Strecke Hamburg-Lübeck beseitigt werden könne. Als ein Lösungsansatz gelte die Möglichkeit eines S-Bahn-Ausbaus. Ein anderer Ansatz präferiere ein drittes Gleis für den Güter- und den Fernverkehr. Dieses Projekt sei jedoch aus den Ansätzen des Haushalts noch nicht ablesbar.

St Rocca resümiert, die verkehrlichen Beziehungen im Nahverkehrsbereich mit Hamburg seien zunehmend Themen bilateraler Gespräche, die intensiv und konstruktiv seien.

Abg. Schmitz-Hübsch verweist auf die im Haushaltsbegleitgesetz für das Land gegebene Ermächtigung, Anteile der AKN erwerben zu können. Sie fragt danach, welche Anteile dies seien. - St Rocca erklärt in seiner Antwort, dass die AKN eine Privatbahn sei, die überwiegend im Besitz von Hamburg sei. Daneben gebe es den Anteil Schleswig-Holsteins und Anteile im Streubesitz. Vor diesem Hintergrund müsse man sich die Frage stellen, ob dies auch in Zukunft so bleiben solle. Die Landesregierung befände sich hierzu derzeit in Überlegungen und habe Aufträge zur Alternativenprüfung gegeben, um dieser Frage einmal zukunftsgerichtet nachzugehen. Die Diskussion, wie die AKN zukunftsorientiert positioniert werden könne, werde in der ersten Jahreshälfte des Jahres 2003 eine intensive Fortsetzung auch mit den Miteigentümern erfahren. - AL Dr. Eggers bezeichnet den Ankauf von Aktien aus dem Streubesitz als sinnvoll, um so für eine Umstrukturierung der AKN die entsprechenden Gestaltungsmöglichkeiten zu erschließen.

Auf eine Frage von Abg. Wiegard zu 0602-892 05 - Wettbewerbshilfen für schleswig-holsteinische Werften zur Sicherung von Arbeitsplätzen -

erklärt St Rocca, dass die Verlängerung der Wettbewerbshilfe vom Ausgang der Verhandlungen mit Südkorea abhängen. Falls bis zum 30. September 2002 diesbezüglich keine Einigung erzielt werden könne, gelte das neue Beihilferegime. Im Rahmen der Nachschiebeliste werde man die entsprechenden Mittel ausweisen.

Abg. Wiegard weist darauf hin, dass im vorliegenden Haushaltsentwurf die in Kapitel 0604 - Straßenbau und Verkehr - Ansätze im Bereich der Landesstraßen gegenüber 2001 halbiert worden seien. Er fragt, wie diese Tatsache nach Kenntnis des Zustandes der Landesstraßen einzuschätzen sei und welche Chance gesehen werde, das Netz der Landesstraßen einigermaßen erhalten zu können. Schließlich möchte er wissen, welche Absichten die Landesregierung im Zusammenhang mit der Herabstufung von Bundesstraßen zu Landesstraßen und Landesstraßen zu Kreisstraßen/Kommunalstraßen verfolge und welche Auswirkungen damit verbunden seien.

St Rocca erwidert, dass es selbstverständlich das Interesse des MWTV sei, die Landesstraßen in

einem verkehrstauglichen Zustand zu halten. - AL Dr. Zeichner erklärt, dass das Ministerium Gespräche mit der Bundesregierung zum Komplex der Herabstufung autobahnparalleler Straßen führe. Hierbei stehe die Frage nach der Verkehrsbedeutung der jeweiligen Straßen im Zentrum. Grundanliegen des Bundes sei die Herabstufung. In jedem Falle müsse jedoch geprüft werden, was im Einzelnen sachgerecht sei. Gespräche mit daran geknüpften Konditionen seien zum Beispiel zum Bereich der A 7 geführt worden; wenn diese ausgebaut sei, werde man über die Herabstufung der B 4 im parallelen Verlauf zur A 7 weiter nachdenken. Im Augenblick könne man sagen, dass man nur offenkundig berechtigten Anliegen des Bundes entsprochen habe; andere Straßenabschnitte seien in der Entscheidung noch offen gehalten worden.

Abg. Wiegard knüpft an diese Ausführungen an und fragt, ob es dann, wenn man möglicherweise die Herabstufung einer Bundesstraße zu einer Landesstraße aus sachlichen Erwägungen für richtig halte, dies nicht zur Folge habe, dass die eine oder andere Landesstraße zu einer Kreisbeziehungsweise Gemeindestraße abgestuft werden müsse. Er möchte wissen, ob es Überlegungen der Landesregierung gebe, in dieser Richtung konzeptionell vorzugehen.

AL Dr. Zeichner erwidert, konzeptionell werde bei dieser Frage nach der Verkehrsbedeutung einer Straße vorgegangen. Im Falle einer Herabstufung einer Bundesstraße zu einer Landesstraße prüfe das Land, ob es die Straßenlast in Richtung einer Kreisstraße oder einer kommunalen Straße weitergebe. Bezüglich der B 434 werde diese Überlegung sowohl das Land wie auch die kommunale Seite betreffen, weil innerörtlich kommunale Betroffenheit vorliege. Im Grundsatz sei es jedoch so - dies wiederholt AL Dr. Zeichner -, dass dann, wenn der Bund mit dem Land erfolgreich über eine Abstufung verhandele, landesseitig zu prüfen sei, inwieweit dies zu weiteren Abstufungen von Landesstraßen führe. Diese Prüfung könne dann auch in Richtung der kommunalen Seite gehen.

Abg. Wiegard möchte sodann wissen, welche finanziellen Lasten zusätzlich auf den Landeshaushalt zukämen, wenn die Projekte, über die man zurzeit mit dem Bund verhandele, zum Tragen kämen und die Straßenbaulast in die Obhut des Landes fiele.

AL Dr. Zeichner antwortet, dass diese Frage kostenneutral ausgehen werde. Käme eine Straßenbaulast auf das Land zu, werde man sehen, inwieweit dies dadurch ausgeglichen werden könne, dass man gehalten sei, die eine oder andere Landesstraße ins kommunale Netz zu geben. Über die letzten Jahre hinweg könne man diesbezüglich eine ausgeglichene Bilanz nachweisen.

Abg. Heinold spricht die Tatsache an, dass es die Praxis der Herabstufungen von Straßen seit Jahrzehnten gebe, und fragt nach dem genauen Zeitpunkt der Verabredung dieser Regelung. -

St Rocca erwidert, dass diese Regelung seit Existenz des Bundesfernstraßengesetzes bestehe, das aus den 60er-Jahren stamme.

Abg. Wiegard kündigt an, dass seine Fraktion zu einzelnen Straßenprojekten noch einmal gezielt nachfragen werde. Wenn man dann die finanziellen Auswirkungen kenne, werde man seitens seiner Fraktion zu einer Bewertung kommen.

Abg. Neugebauer spricht die Landesbeteiligung an der Kieler Flughafengesellschaft an und stellt fest, dass der Zuschussbedarf nach dem Haushaltsentwurf 2003 mit dem des Haushalts 2002 identisch bleibe. Er möchte wissen, ob sich die Gebührenerhöhung mit dem Ziel der Defizitabdeckung als nicht realisierbar dargestellt habe.

AL Dr. Eggers erwidert, dass die Gebührenerhöhung dazu dienen müsse, einen Verlustvortrag aus den Vorjahren in der Größenordnung von 900.000 DM abzudecken. Die Gebühren sollten auch dazu dienen, im Rahmen des Finanzierungskonzepts für den Flughafenausbau die vorgesehene Eigenbeteiligung der Flughafengesellschaft anzusparsen.

Abg. Harms fragt nach dem Grund für die Ansatzreduzierung bei 0604-752 63 - Straßen- und Radwegebau. - AL Dr. Zeichner erwidert, dass der Ansatz reduziert worden sei mit der Folge, dass bestimmte Projekte etwas in die Zukunft verschoben werden müssten.

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, weist darauf hin, dass eine Reihe von Gemeinden bezüglich Schulwegsicherungsmaßnahmen im Vergleich zu den von ihnen geplanten Maßnahmenrealisationen in Verzug gekommen seien, und möchte wissen, ob das MWTV auch auf die Kommunen zugehen würde, die zum Beispiel anböten, eine Maßnahme zunächst vorzufinanzieren.

St Rocca erklärt, dass man bei der Haushaltssituation des Landes leider nicht alle Radwegebaumaßnahmen durchführen könne, die das MWTV selbst für begrüßenswert halte. Insofern habe man hier den Weg einer Prioritätensetzung wählen müssen. Er könne aber sagen, dass man mit Gemeinden, die auch in anderen Formen mit dem Land kooperiert hätten, gute Erfahrungen gemacht habe. Das MWTV stehe den verschiedenen möglichen und auch schon realisierten Modellen aufgeschlossen gegenüber.

An dieser Stelle spricht Abg. Eichelberg den Bedarf an Deckenerneuerungsmaßnahmen an und fragt, inwieweit der Ansatz diesen dringenden Bedarf berücksichtige. - AL Dr. Zeichner erklärt, dass die Deckenerneuerungsmaßnahmen in der Tat ein wichtiges Thema seien. Deshalb habe man die aufgrund der Haushaltssituation notwendigen Straßenbautitel umfassenden Ansätzen so

niedrig wie möglich vorgenommen, um die Substanz der Straßendecken nicht zu gefährden.

Abg. Eichelberg erbittet im Folgenden eine Aufstellung zu der Frage, in welchem Verhältnis die Mittel für Deckenerneuerungen in den vergangenen Jahren zu den vorhandenen Straßenkilometern stehen. - AL Dr. Zeichner sagt dies zu.

Abg. Arp bezieht sich auf 0605-761 14 - Grundinstandsetzung der Ufermauern und Kaianlagen im Binnenhafen Glückstadt - und hier insbesondere auf die veranschlagten 2,5 Millionen € für den Glückstädter Binnenhafen und verweist darauf, dass sich die Gesamtbaukosten nach Schätzungen auf 7,5 Millionen € belaufen. Damit seien im Haushalt nur ein Drittel der erforderlichen Mittel bereitgestellt. Er fragt nach den einzelnen Vorhabenabschnitten und danach, woher die fehlenden 5 Millionen € kommen sollten.

AL Dr. Eggers führt aus, dass die veranschlagten 2,5 Millionen € in den nächsten Jahren für die Abschnitte 11, 9 und 10 vorgesehen seien und dass die Mittel auch ausreichend seien, um diese Maßnahmen durchzuführen. Anschließend müssten sich dann noch die Abschnitte 13 und 14, für die weitere 2,7 Millionen € nach heutiger Veranschlagung erforderlich wären und für die im Rahmen des mit der Stadt abzustimmenden Sanierungskonzeptes wieder eine Grundlage geschaffen werden müsse. Die Baumaßnahme Glückstädter Binnenhafen sei keine Sache, die kurzfristig abgeschlossen werden könne, sondern die im Hinblick auf die Finanzsituation aller Beteiligten eine langfristige Konzeption erfordere. Dabei habe auch die Stadt ihren Beitrag zu leisten.

Auf eine weitere Frage von Abg. Arp erwidert AL Dr. Eggers, dass derzeitiger Eigentümer des Hafens das Land sei, dass aber auf Empfehlung des Landesrechnungshofs und des Finanzausschusses beabsichtigt sei, die Trägerschaft auf eine andere Basis zu stellen. Leider habe man aber feststellen müssen, dass sich ein privater Träger für den Hafen nicht gefunden habe.

Abg. Eichelberg spricht die Tatsache an, dass nach seiner Kenntnis für Häfen auch EU-Mittel beantragt werden könnten, und fragt, ob das bezüglich Glückstadt und Husum geschehen sei. - AL Dr. Eggers sagt eine schriftliche Antwort auf die Frage zu, ob für Hafenbaumaßnahmen vom Land EU-Mittel beantragt worden seien.

Zur Fähre in Missunde weist AL Dr. Eggers auf eine Frage von Abg. Eichelberg darauf hin, dass durch diese Fährverbindung praktisch zwei Landesstraßen miteinander verbunden würden, wodurch auch das Land Träger einer solchen Fährverbindung sei.

Auf Hinweis von MDgt Qualen auf die Ansatzreduzierungen in den Bereichen 0607-MG 02 -

Maßnahmen aus Regionalisierungsmitteln - und 0607-TG 71 - Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr - erwidert RL Himstedt, dass die Ansätze sowohl unter Berücksichtigung der Ist-Ergebnisse 2002 als auch einer in Kürze erwarteten Änderung der Berechnungsgrundlagen aufgrund einer Bundesverordnung über die Nachschiebeliste angepasst würden.

Zum **Kapitel 1206** liegen keine Wortmeldungen vor.

Einzelplan 08 und Kapitel 1208

(gemeinsame Beratung mit dem Agrarausschuss)

Auf die Frage der Vorsitzenden, Abg. Kähler, ob es seit der Übergabe des Haushaltsplanes an das Parlament wesentliche Veränderungen bei den finanziellen Auswirkungen im Einzelplan 08 gebe, stellt M Franzen fest, dass bisher noch keine weiteren Einnahmen erzielt werden konnten.

Bei Kapitel 0801, Ministerium, erklärt M Franzen auf Anfrage von Abg. Wiegard, ob es in der Struktur des Ministeriums in absehbarer Zeit Veränderungen geben werde, dass mit der inzwischen eingeführten Zweistufigkeit das Ministerium alle Vorgaben erfülle, die von der Enquete-kommission zur Strukturänderung empfohlen worden seien. Die Umstrukturierung der Ämter habe neben einer Optimierung der Aufgabenerledigung zum Teil auch zu erheblichen Einsparungen geführt.

Bei Kapitel 0803, Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ spricht Abg. Jensen-Nissen die Erwartung aus, dass die Komplementärmittel für die Gemeinschaftsaufgabe auch in Zukunft in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt werden. Des Weiteren mahnt er an, in Zukunft beim Küstenschutz auch über ausreichende Maßnahmen zur Beseitigung von Flutschäden, wie sie nach der Hochwasserkatastrophe entstanden sind, nachzudenken.

Auch für Abg. Dr. Happach-Kasan ist die Ausschöpfung aller GA-Mittel von höchstem Interesse für das Land. Sie regt an, in verstärkte Verhandlungen mit dem Umweltministerium einzutreten, um eine bessere Ausschöpfungsquote zu gewährleisten.

M Franzen verweist darauf, dass solche Verhandlungen seit langem nicht nur mit dem Umweltministerium, sondern auch mit dem Wirtschaftsministerium geführt worden seien und auch in Zukunft geführt würden.

Abg. Hopp zeigt sich besorgt über die Streichung von Zuschüssen an forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse und für waldbauliche und sonstige forstliche Maßnahmen und fordert, Überlegungen dahin anzustellen, wie den Forstwirten geholfen werden könne.

M Franzen erinnert an die federführende Zuständigkeit im Umweltministerium.

Die Diskussion zum Stellenplan soll in einer späteren Sitzung geführt werden.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Veräußerung der Landesliegenschaft „Fürstengarten Schloss Gottorf“ in Schleswig

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 15/2499

Ohne Aussprache nimmt der Ausschuss die Vorlage zustimmend zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Auf Wunsch von Abg. Neugebauer fasst der Finanzausschuss ins Auge, sich in der nächsten Sitzung mit der Thematik **Schloss Glücksburg** zu befassen. Von einem Besuch des Schlosses nimmt der Ausschuss Abstand.

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, schließt die gemeinsame Sitzung um 13:00 Uhr.

gez. U. Kähler

Vorsitzende

i. V. gez. Petra Tschanter

Geschäfts- und Protokollführer